54. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 511

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Mittwoch, 28. Oktober 1925

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Vor einem neuen Kabinett Painlevé.

Erweiterung des Kabinetts nach links.

Die Stimmung in der Kammer. — Caillaux' Abschied.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 28. Oktober.

Der Präsident der Republik hat heute vormittag seine Unterredungen mit politischen Persönlichkeiten fortgesetzt. Wie bereits angekündigt, empfing Doumergue zuerst um 9½ Uhr den Vorsitzenden der sozialistisch-radikalen Fraktion der Kammer, Cazals. Nach ihm erschien der Senator Daufset, dessen Rat in finanziellen Fragen gern gehört wird. Außerdem empfing der Präsident der Republik unter anderem den Senator Chéron, den Vorsitzenden der rechtsstehenden Senatsgruppe, zu der Poincaré und Millerand gehören, sowie den Sozialistenführer Léon Blum.

Das Demissionsgesuch, das die Minister der Regierung Painlevé unterschrieben haben, beginnt mit dem Satze: „Da sich im Ministerrat Meinungsverschiedenheiten über die allgemeine Politik ergeben haben, hat die Regierung den Beschluß gefaßt, zurückzutreten." Die Regierung hat also als Grund des Rücktritts nicht Differenzen über die Finanzpolitik angegeben, sondern klar herausgesagt, daß die Arbeit der Regierung auch durch Schwierigkeiten anderer Art unmöglich gemacht worden sei. Es ist noch guten Informationen, anzunehmen, daß es vielleicht möglich gewesen wäre, eine Einigung der Minister über die letzten Vorschläge Caillaux' herzuführen, aber die Minister haben in ihren Beratungen die Ueberzeugung gewonnen, eine sichere Mehrheit der Kammer für ein Kabinett, dem die Sozialisten ihr Vertrauen verweigerten, nicht finden zu können. So stand es bereits am Montag fest, daß die Regierung zurücktreten würde. Nur der Wunsch Briands, der Sitzung des Völkerbundsrates nicht als ein Minister mit halber Autorität präsidieren zu müssen und die Absicht Painlevés, sich mit Herriot über die Lage auszusprechen, haben die Mitteilung der bereits getroffenen Entscheidung verzögert. Die Krise wurde erwartet und sie war unvermeidlich geworden. Der Präsident der Republik hat die Absicht, sie so rasch wie möglich zu beenden, und wird wahrscheinlich bereits heute abend den neuen Ministerpräsidenten gefunden haben. Ueber die Person dieses neuen Präsidenten besteht bei den informierten Parlamentariern kein Zweifel. Herriot, Malvy und der Senator Béranger haben dem Präsidenten Doumergue Painlevé als den geeignetsten Mann bezeichnet, und der Vorsitzende der sozialistisch-radikalen Kammergruppe, Cazals, der heute als erster zur Besprechung ins Elysée gerufen wurde, hat erklärt, daß auch er der gleichen Ansicht sei. **Painlevé wird also wohl heute der Nachfolger Painlevés werden,** vorausgesetzt, daß nicht ein Zwischenfall diese Entwicklung aufhält. Doumergue hat bereits gezeigt, daß er eine Persönlichkeit der Linken wünsche. Da Herriot seine Stunde noch nicht für gekommen hält, und Briand, wie er gestern lächelnd sagte, „ein Avancement" nicht wünscht, ist Painlevés Wahl wohl ziemlich sicher, besonders da der Ministerpräsident vom Parlament kein Mißtrauensvotum erhalten hat.

Wenn Painlevé die Aufgabe der Regierungsbildung übernimmt, wird er versuchen, **das Kabinett nach links zu erweitern.** Mehrere Freunde Herriots werden Portefeuilles erhalten; falls Painlevé nicht selbst das Finanzministerium übernimmt, soll der Senator Daufset für dieses Amt in Frage kommen. Es hat jedoch keinen Sinn, all die Hypothesen aufzuzählen, die in der Kammer besprochen werden, ehe nicht über die Hauptfrage entschieden ist: wie wird das Parlament ein neues, mehr nach links orientiertes Ministerium aufnehmen? Der politische Leiter des „Figaro", Lucien Romier, bei weitem der klügste Kopf der Opposition, schreibt heute über diese Frage: „Es wird entweder ein Kampfministerium gebildet werden, das es mit der Opposition des Senats aufnimmt, auf die Gefahr hin, die Reaktion im Lande zu stärken; oder ein Kabinett, das vom Senat und der Kammer geduldet wird, das aber dann nicht die Autorität besitzt, um die unbedingt nötigen energischen Reformen durchzuführen. Beide Lösungen führen schließlich zu dem gleichen Ziel, das sich nicht lange mehr vermeiden läßt: zu einer Auflösung der Kammer und zu Neuwahlen." Der gleichen Ansicht sind auch andere, dem nationalen Block nahestehende Zeitungen, während die Blätter der Linken nur von einer loyalen Verständigung der Kartellparteien das Heil erwarten. Die Schimpfereien der „Victoire" und des „Echo de Paris" und ähnlicher Organe der Opposition über die „Stupidität" der Radikalen („Victoire") und die zu dem „Standpunkt der Sowjets herabgesunkene Regierung" („Echo de Paris") sind nicht ernst zu nehmen.

In der Kammer, die gestern abend sehr belebt war wie stets am Vorabend ernster Kämpfe, sind die Kartellparteien fest dazu entschlossen, das Programm des Kongresses von Nizza durchzusetzen. Compère Morel hat für die Sozialisten erklärt, daß sie an der Kapitalsabgabe festhalten, auch wenn der Senat dagegen sei. Die Sozialistisch-radikalen der Kammer haben die Mitglieder der demokratischen Linken im Senat zu einer Beratung gebeten, die heute nachmittag stattfinden soll. Die republikanisch-sozialistische Gruppe, zu der Painlevé gehört, hat gestern eine Resolution angenommen, in der unumwunden der unbedingte Anschluß an die Politik des Kartells erklärt wird. Es läßt sich also erwarten, daß die neue Regierung etwas weiter nach links orientiert sein wird. „Wir wollen hoffen, daß in Deutschland die Regierungskrise sich ähnlich entwickeln wird", schreibt die „Ere Nouvelle".

Ausrufe für die Regierung Painlevé fehlen fast gänzlich, da diese Regierung nicht als vergangen, sondern nur als suspendiert betrachtet wird. Die wichtigsten Daten seien kurz zusammengestellt. Das Kabinett Painlevé wurde am 16. April dieses Jahres gebildet, nachdem die Regierung Herriot im Senat bei einer Finanzdebatte in der Minderheit geblieben war (12. April). Das erste Kabinett Painlevé hat also sechs Monate und elf Tage regiert. Mehrere wichtige Entscheidungen wurden in dieser Zeit herbeigeführt. Die Einigkeit von Kammer und Senat für das Budget für 1925 wurde hergestellt. Das neue Verwaltungsregime für Elsaß und Lothringen wurde angenommen. Die vierprozentige Goldanleihe, die bekanntlich die Hoffnungen enttäuscht hat, wurde beschlossen. Die wichtigsten Ereignisse auf dem Gebiete der äußeren Politik für die Regierung Painlevé sind die kriegerischen Verwickelungen in Marokko und Syrien, die noch lange nicht zu Ende sind, und der Abschluß der von Herriot begonnenen Verständigungspolitik durch die Verträge von Locarno. Diese Politik wird, wie uns gestern der bisherige Justizminister de Monzie erklärte, durch die Regierungsänderung nicht beeinflußt werden. Die Verhandlungen mit Amerika und England, die unter Painlevé begonnen wurden, sind nicht zum Abschluß gekommen. Sie haben nur den negativen Erfolg gehabt, den Finanzminister Caillaux an der rechtzeitigen Ausarbeitung seiner Pläne für die Finanzreform und die Sanierung des Staatsschatzes zu verhindern. Der Nachfolger Caillaux' wird keine leichte Arbeit haben. Die nächsten Wochen der französischen Politik werden harte Kämpfe bringen.

Der „Quotidien" schildert die letzten Minuten des letzten Ministerrates. Die Demission des Kabinetts war einstimmig beschlossen; da stand plötzlich Caillaux auf und wandte sich zu Painlevé. Er war sehr bewegt und hatte Tränen in den Augen. „Ehe wir uns trennen, will ich Ihnen danken, Painlevé," sagte er mit bebender Stimme, „meine Dankbarkeit für Sie wird niemals sterben. Als Sie mich aus Mamers herbeiriefen, um mir ein Portefeuille anzubieten, haben Sie mir die größte Freude meines Lebens geschenkt. Sie gaben mir eine glänzende Revanche für das Unrecht, das mir geschehen ist. Ich werde immer Ihr Freund sein." Diese Worte des sonst so verschlossenen und fühlen Mannes machten einen tiefen Eindruck auf die Minister. Noch niemals hatten sie Caillaux so bewegt gesehen. Er fand aber bald seine Ruhe wieder. Als er zusammen mit de Monzie das Kriegsministerium verließ, lächelte er und bemühte sich, gute Laune zu zeigen. Er rief den wartenden Journalisten zu: „Jetzt machen wir Politik, große Politik!"

In den Blättern des Linkskartells wird lebhaft dafür agitiert, daß Herriot wenigstens in die neue Regierung Painlevé eintreten soll, da er sich nicht dazu überreden lassen wolle, selbst die Bildung des Kabinetts zu übernehmen. Dieser letzte Vorschlag ist, wie gestern berichtet wurde, dem Kammerpräsidenten von Painlevé selbst gemacht worden. Herriot hat abgelehnt. Heute beschwören „Oeuvre" und „Quotidien" den Führer der Radikalen, an der Regierung teilzunehmen.

Englische Stimmen zur französischen Krise.

Keine Gefährdung des Locarno-Paktes.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 28. Oktober.

In hiesigen offiziellen Kreisen verfolgt man mit größter Aufmerksamkeit den Verlauf der Regierungskrise in Frankreich. Man glaubt aber allgemein, daß die Aussicht für die Annahme des Locarno-Paktes, der von der großen Mehrheit der Kammer gebilligt wird, keineswegs gefährdet ist. Besonders in liberalen Kreisen sieht man mit einem gewissen Bedauern Caillaux scheiden, und die „Westminster Gazette" meint, es sei sinnlos, den Steuermann über Bord zu werfen, wenn man ihn durch keinen besseren ersetzen könne. Ueberdies sei es unfair, Caillaux vorzuwerfen, daß er nicht imstande gewesen sei, Herr der verzwickten Finanzlage Frankreichs zu werden, wo jeder Finanzminister versagen mußte, weil Frankreich scheinbar nicht den Mut habe, die nötigen Opfer zur Stabilisierung des Francs aufzubringen. Auch der „Daily Telegraph" meint, es sei klar, daß Caillaux, der zweifellos gehofft habe, mehr zu erreichen, zum mindesten während seiner Amtszeit eine Anzahl gefährlicher Illusionen hinsichtlich der Finanzlage Frankreichs zerstört habe. Jedenfalls habe er von Frankreich nicht den entsprechenden Dank für seinen Mut empfangen, zweifellos werde aber eine Zeit kommen, in der man die von ihm geleistete Arbeit anerkennen werde.

Amerika und der Sturz Caillaux'.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 28. Oktober.

Während das Weiße Haus und sonstige Regierungskreise von der Pariser Kabinettskrise keinerlei Aenderung der äußeren Politik, besonders hinsichtlich Locarnos und der Schuldenregulierung erwarten, und vielmehr annehmen, das Ausscheiden Caillaux' könne höchstens die Fundierungsbeschleunigen, beurteilen die Parlamentskreise die Lage pessimistischer. Namentlich von Herriot wird angenommen, er werde kaum Eile zeigen, die Rechnung mit Amerika abzuschließen. Eine besondere Ansicht vertritt die „Washington Post", die sonst häufig das Sprachrohr der Regierung ist. Das Blatt führt den Sturz Caillaux' seltsamerweise ausschließlich auf seine „zweideutigen Manöver in Washington" zurück und drückt die Hoffnung aus, das Verschwinden des „Sünders" werde seinem Nachfolger zur Lehre dienen. Frankreich müsse früher oder später erkennen, daß die Schuldenregulierung in seinem eigensten Interesse liege.

Wahlen in der Tschechoslowakei.

Die Vorkehrungen des tschechischen Koalitionsregimes. — Zerfahrenheit der deutschen Parteien.

(Von unserem Korrespondenten.)

Prag, Ende Oktober.

Am Tage von Locarno, als im Rahmen des großen europäischen Verständigungsversuches der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch sein Zeichen unter den deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrag setzte, wurden in Prag die beiden Häuser des Parlaments aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben. Wird das Ergebnis der Wahlen die gegenwärtige Regierung und das derzeitige System bestätigen? Wird der innen- und außenpolitische Kurs, der seit Jahren befolgt wird, von der Mehrheit der Bevölkerung gutgeheißen werden oder wird aus den Wahlurnen ein anderes Kräfteverhältnis hervorgehen? Es ist keine gewagte Prophezeiung, wenn man sagt, daß der Wahltag, der 15. November, kaum nennenswerte Ueberraschungen bringen, sondern daß im großen ganzen alles beim Alten bleiben dürfte.

Wohl ist die Auflösung des Parlaments vorzeitig, vor Ablauf der Funktionsperiode vorgenommen worden. Das Abgeordnetenhaus, das im Jahre 1920 auf sechs Jahre gewählt worden ist, hätte noch ein Jahr länger tätig sein können, der Senat sogar noch drei Jahre. Dennoch ist die vorzeitige Auflösung keineswegs die Folge einer Krise, noch auch ist sie von dem Wunsche diktiert, eine brennende Frage des Staates, die das Parlament nicht lösen wollte, vom Volke entscheiden zu lassen. Vielmehr ist auch dieser Appell an die Wähler eines der Palliativmittel aus der tschechoslowakischen Staats- und Regierungsapotheke, die als demokratische Dekorationen eines oligarchischen Systems dienen. Seit Jahren befindet sich der Senat in den Händen der aus fünf Parteien gebildeten alltschechischen Koalition. Sie stellte gemäß dem Mehrheitsprinzip das Exekutivorgan, die Regierung; sie besorgte aber, was schon weniger korrekt ist, auch die Legislative in eigener Regie. Das höchste maßgebende und entscheidende Organ der Gesetzgebung war keineswegs das Parlament, sondern das Kollegium der Obmänner der Koalitionsparteien, der Rat der Fünf, die „Pjetka", wie ihr offizieller tschechischer Name lautete. Nichts durfte vor das Parlament kommen, was nicht vorher die Pjetka beraten und festgelegt hatte. Jedes Gesetz, jeder parlamentarische Schritt, jede Stellungnahme mußte zunächst im Fünferrat entschieden werden. War eine legislatorische Maßnahme erforderlich, die der einen oder anderen der Regierungsparteien nicht in den Kram paßte, dann wurde so lange an dem Gesetzentwurf geändert, bis ein Kompromiß zustande gebracht war, oder es wurden Kompensationen geboten, so daß die Partei, die etwas sehr Unangenehmes schlucken mußte, ihren Anhängern gleich eine Errungenschaft auf einem anderen Gebiete zeigen konnte. Alles wurde im stillen Kämmerlein erledigt. Kam der Gesetzentwurf ins Plenum des Parlaments, dann war schon jegliche Differenz im Schoß der Koalitionsparteien beseitigt. Die Opposition durfte eine bestimmte, sehr karg bemessene Zeit reden, durfte Abänderungsanträge stellen. Die Oppositionsvorschläge wurden von der Koalition mit Hilfe ihrer Mehrheit von etwa vierzig Stimmen abgelehnt und der Koalitionsentwurf angenommen. Im parlamentarischen Leben spielte das Parlament bloß die Rolle einer Abstimmungsmaschine. Es erhielt den Bissen vorgeworfen, den die Pjetka schon durchgekaut hatte, und den schluckte die Koalition. War der Bissen der Pjetka zu zäh, so blieb er beiseite; die betreffende Angelegenheit wurde überhaupt nicht erledigt.

Wenn man davon absieht, daß diese oligarchische Oberherrschaft in der Hauptsache gegen die nichttschechischen Nationalitäten gerichtet war, die das Gros der Opposition bilden, so kann man nicht genug des Rühmenswerten über dieses festgefügte Regierungssystem sagen. Kaum irgendwo noch gibt es eine so stramm disziplinierte Koalition derart wesensverschiedener Parteien, kaum anderswo gelang es, Sozialisten und Bürgerliche, Liberale und Konservative, Freisinnige und Klerikale, Agrarier und Industriepartei, für so lange Zeit zu einer schlagkräftigen Einheit zusammenzuschweißen. Das einigende Band war der nationale Gedanke, und man muß offen zugeben, daß das Problem, wie der Staat, dessen Bevölkerung nur zur knappen Hälfte tschechisch ist, als tschechischer Nationalstaat geführt werden soll, von der Prager Koalition vorbildlich gelöst worden ist. Vorbildlich dann, wenn man bloß die allernächste Zukunft in Betracht zieht; denn es liegt auf der Hand, daß der Staat als Organismus nicht ohne Schaden davonkommen kann, wenn alle Regierungshandlungen aus dem engen Gesichtswinkel der nationalen Opportunität getroffen werden müssen.

Die nun vorgenommene vorzeitige Auflösung des Parlaments ist nicht durch eine offene Krise des Koalitionssystems herbeigeführt worden. Man hat es so weit nicht kommen lassen, daß sich die latente Krise in eine offene verwandle, die anderswo zum Appell an die Wähler führt. Immerhin hat der technische und moralische Zusammenbruch des Koalitionsregimes, der jede weitere Tätigkeit des Parlaments unter Leitung der Koalition unmöglich gemacht hat, die Auflösung herbeigeführt. Je näher der Zeitpunkt des Ablaufs der Funktionsdauer heranrückte, desto schwieriger wurde es, innerhalb der Pjetka Kompromisse über die parlamentarische Tätigkeit zustandezubringen, immer hartnäckiger wehrte sich jede der Koalitionsparteien gegen Zugeständnisse programmatischer Natur, immer höher wurden die Kompensationsforderungen. Im letzten halben Jahr hat das Parlament nur noch ein kümmerliches Leben gefristet. Ein paar nebensächliche Gesetzentwürfe wurden erledigt, aber eine größere legislatorische Tätigkeit konnte nicht mehr entfaltet werden. Jede der Koalitionsparteien achtete